

Tormin geht es in seiner Darstellung um Daten und Namen, Verhandlungen und Entscheidungen, die in Hamburg von Bedeutung waren. Diese faktenorientierte Vorgehensweise führt manchmal dazu, daß er etwas zu sehr an Tagesordnungen und Protokollen von Parteitag und Vorstandssitzungen entlang schreibt. Andererseits gelingt ihm die Einbettung der Hamburger Vorgänge in den größeren zeitgeschichtlichen Rahmen. Tormins Quellenbasis und Literaturkenntnis lassen nichts zu wünschen übrig. Die Tatsache, daß er die von ihm beschriebenen Ereignisse teilweise selbst miterlebt hat, hat ihn nicht dazu verführt, seine wissenschaftliche Distanz zu den Quellen zu verlieren. Auch Tormin machte, wie er schreibt, die Erfahrung, daß mit wenigen Ausnahmen (wie Hellmut Kalbitzer) die Befragung von Zeitzeugen nicht besonders ergiebig war und im Zweifel die schriftlichen Quellen mehr hergeben und zuverlässiger sind. Eine Übersicht über die wechselnde Besetzung des Landesvorstands 1945–1949 und ein Personenregister mit biographischen Annotationen tragen dazu bei, daß man die gründliche Regionalstudie oft in die Hand nehmen wird, um etwas nachzuschlagen. *Christoph Stamm, Bonn*

Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46, Bd. 4: Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2./3. März 1946. Bearb. v. Günter Benser und Hans Joachim Krusch, K. G. Saur Verlag, München etc. 1996, 769 S., geb., 380 DM.

Daß die in der einschlägigen Historiographie bisher wenig beachtete Reichskonferenz der KPD am 2./3. März 1946 ein »herausragendes Ereignis« war, steht für die Herausgeber des jetzt erstmals veröffentlichten Protokolls dieser Konferenz sowie darauf bezogener Materialien »außer Frage« (Vorbemerkung, S. XI). Gleichwohl war ihr in ersten Planungen offensichtlich nur ein eher parteikonstituierender Rang zugeordnet gewesen. Im Dezember 1945 war in Aussicht genommen worden, auf einer solchen Konferenz das bis dahin innerparteilich nicht legitimierte Zentralkomitee (ZK) bestätigen zu lassen und u.a. über Statut und Programm der Partei zu beraten (S. IX). Noch nach der Anberaumung der Konferenz am 7. Februar 1946 – Walter Ulbricht hatte für die bevorstehende SED-Gründung gerade in Moskau Stalins »Segen« eingeholt – war von der »Wahl« des ZK (vgl. Einladungsentwurf, S. 678) bzw. von der Kooptation weiterer ZK-Mitglieder (S. X) die Rede. Als dann am 16. Februar öffentlich zur Konferenz eingeladen wurde, ging es nur noch um »Die Probleme der Vereinigung von KPD und SPD« – so das angekündigte und gehaltene Referat von Wilhelm Pieck – und »Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront« – so das Referat von Walter Ulbricht. Beschlossen wurde eine am 8. Februar bereits im Entwurf vorliegende Resolution über »Die nächsten Aufgaben beim Neuaufbau Deutschlands« (S. 382–400, Druckfassung S. 649–666), die um einige die besonderen Aufgaben der KPD in Westdeutschland betreffende Passagen erweitert worden war (S. 748).

So wurde auf der Konferenz weniger »Bilanz« gezogen, als die Herausgeber meinen (S. XI). Vielmehr ging es wohl darum, die Partei auf den Anfang Februar in der »Einheits«-Frage definitiv festgelegten Kurs einzuschwören, d.h. die SED »von unten« her entstehen zu lassen und sie damit (vorerst) auf die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) zu begrenzen. Vom Umreißen der »Positionen der Partei im Ringen um die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei«, das die Herausgeber ankündigen (ebd.), ist wenig zu berichten. Auch die Präzisierung des Aktionsprogramms der KPD (ebd.) hielt sich in Grenzen: Bestätigt wurden lediglich im Januar beschlossene Richtlinien zur Wirtschaftspolitik, ferner – unmittelbar wenig folgenreich – »Das Wohnungsbauprogramm der KPD«

(S. 670–675), dem allerdings keine intensive Diskussion gewidmet wurde. So bleiben der »besondere deutsche Weg zum Sozialismus« und die »Grundsätze und Ziele der SED«, die hier erstmals auf einem KPD-Forum von den Führungsfunktionären Ackermann, Dahlem, Wandel und Oelssner erläutert wurden, von den übrigen Diskussionsrednern nach dem zutreffenden Urteil Piecks aber »nicht so gewürdigt« wurden, »wie es die Bedeutung dieser Fragen« erforderte (S. 165). Zu fragen ist allerdings, ob diese gerade erst veröffentlichte Programmatik bereits hinreichend bekannt war. Die »Grundsätze und Ziele« der noch zu gründenden SED waren erst eine Woche zuvor auf der »Zweiten Sechziger-Konferenz« der SBZ-KPD und -SPD beschlossen worden.

Auch die »Reichskonferenz« der KPD, eine »Parteiarbeiterkonferenz«, war primär eine SBZ-Konferenz, wie sich aus den Angaben über die Teilnehmer erschließen läßt. Neben den 399 nach vorgegebenen Kriterien (S. 680 f.) ausgewählten Delegierten aus den SBZ-Bezirken (und Berlin) waren nur 40 aus den Westzonen geladen (S. 754), von denen allerdings überproportional viele zu Wort kamen. Für die Westzonen-Funktionäre dürfte sich das Informationsproblem besonders scharf gestellt haben. Nur vier von ca. 180 vorhandenen Anträgen und Zuschriften, zu denen mit der öffentlichen Ausschreibung der Konferenz aufgefordert worden war, kamen aus Westdeutschland, und die Mehrzahl der Stellungnahmen waren zwar vor der Konferenz abgesandt worden, gingen aber erst während oder nach der Konferenz bei der Zentrale ein. Die Herausgeber, die sie wie alle anderen Dokumente auch faksimiliert oder in Klarschrift den nach Stenogramm gefertigten maschinenschriftlichen Aufzeichnungen der Reden und Diskussionsbeiträge beifügten, haben diese Stellungnahmen systematisch nach Herkunft, Absendung und Eingang sowie unter inhaltlichen Aspekten analysiert (S. 764–769). Dabei stellte sich für sie heraus, daß weniger die Themen »Einheitspartei« oder »Weg zum Sozialismus« die Parteibasis zu Kommentaren provozierten als Vorschläge der Zentrale zum künftigen politischen Umgang mit »Mitläufern« der NSDAP und »kleinen Nazis«, die mit dem Eintreten für ihr Wahlrecht bei den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen für das »neue Deutschland« gewonnen werden sollten. Dies stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung, wurde freilich auf der Konferenz ebensowenig kontrovers erörtert, wie bisher fehlende Konzepte für die Alters-, Kranken- und Invalidenversorgung und die Fürsorge für die Kriegsversehrten angesprochen wurden, die in einer zentral wahrgenommenen Zuschrift angemahnt worden waren (S. 629).

Zutreffend registrieren die Herausgeber ein hohes Maß an Einmütigkeit (S. XI). Wer freilich hätte angesichts der »handverlesenen« Delegierten, von denen die meisten bereits vor 1933 zur Partei gehört hatten (vgl. S. 698), Streit erwarten wollen, zumal ihnen von Paul Wandel versichert wurde, »die bolschewistische Partei« werde »eine Lehrmeisterin [...] bleiben«, und die KPD stütze sich auf die »Sozialistische Sowjetunion« und werde sich weiterhin auf sie stützen (S. 134, S. 138). Diese habe in der »Ostzone«, so Wilhelm Pieck, »die Zügel in der Hand« und tue »mit vollem Verständnis alles, um den werktätigen Massen zu helfen, aus ihrer großen Not herauszukommen und innerhalb dieses Teiles Deutschlands ihre Kraft so zu festigen, daß sie in der Lage sind, nicht nur die Reaktion zu schlagen, sondern darüber hinaus auch diejenigen demokratischen Mittel zu entwickeln, die notwendig sind, um die Zukunft Deutschlands zu gestalten« (S. 167). Den westdeutschen Genossen »möglichst gute Beispiele zu geben« – darauf reduzierte sich für Walter Ulbricht das Problem der unterschiedlichen Besatzungspolitik in den einzelnen Zonen. »Die Dialektik der Entwicklung in Deutschland« sei »etwas eigenartig«. Es »gehe nicht so, wie wir uns das früher so schön vorgestellt haben« (S. 373). Die Konsolidierung der neuen Wirtschaftsordnung und der politischen Verfassung nach sowjetischen Vorgaben in der Ostzone, wie sie sich seinem Referat entnehmen ließen, hatten Vorrang vor einer alle Zonen übergreifenden Parteistrategie. Anton Ackermann hatte zuvor darauf hingewiesen, daß die KPD vor 1933 die »Bedeutung der nationalen Frage

und des gesunden Nationalgefühls unseres Volkes [...] verhängnisvoll unterschätzt« und damit »dem Geist des Marxismus-Leninismus aufs schärfste« widersprochen habe (S. 72). Möglicherweise überschätzten die sowjetischen und deutschen Kommunistenführer jetzt das nationale Zusammengehörigkeitsbedürfnis der Deutschen als Faktor zonenübergreifender Politik und mittelfristiger Entwicklung.

*Arnold Sywottek, Hamburg*

Inge Marßolek/Heinrich Potthoff (Hrsg.), Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966–1982, Klartext Verlag, Essen 1995, 120 S., brosch., 24,80 DM.

Langsam öffnet sich die Geschichtsschreibung auch der jüngeren Vergangenheit, vor allem den 1960er und 1970er Jahren, die als Zeiten des politischen und gesellschaftlichen Wandels die Bundesrepublik veränderten. Kritisch reflektierend hat sich die Historische Kommission der SPD 1993 auf einer Tagung mit dieser Zeit beschäftigt, in der die Sozialdemokratie die Chance zur Beeinflussung und Gestaltung dieses Wandels hatte. Zeitzeugen aus dem Zentrum des Geschehens, Historiker und Intellektuelle versuchten, die Jahre der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung zu reflektieren. Die Beiträge dieser Tagung sind nun von Inge Marßolek und Heinrich Potthoff herausgegeben worden. Sie bieten zahlreiche Anregungen zur Beschäftigung mit dieser Phase des Umbruchs.

Auch wenn Konservative eifrig bemüht sind, nach der zweifellos tiefgreifenden Zäsur von 1989/90 die Nachkriegszeit umzudeuten, so vollzogen sich doch die wesentlicheren Veränderungen in den Jahren der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung zwischen 1966 und 1982. Nach dem Anschluß der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik ist der Eindruck nicht ganz von der Hand zu weisen, daß manche gesellschaftliche Modernisierung vergessen wurde, die in der zweiten Gründungsperiode der Bundesrepublik einer zivileren Gesellschaft zum Durchbruch verhalf. Nicht nur war die Ostpolitik überhaupt eine Grundvoraussetzung aller weiteren Ereignisse; das Ende der Nachkriegszeit und die gesellschaftliche (Be)Gründung der Bundesrepublik nach der alliierten Gründung des Jahres 1949 erfolgten in den 1960er und 1970er Jahren.

Als Zeitzeugen kommen in dem Band zunächst Helmut Schmidt, Walter Scheel und Rainer Barzel zu Wort. Sie bieten in einem protokollierten Gespräch Fakten, Einschätzungen und atmosphärische Einblicke in die Zeiten der Großen und der sozialliberalen Koalition. Auch zeigt sich im Unterschied zu den zeitgenössischen Polarisierungen, daß es doch parteiübergreifend mindestens zwischen Personen durchaus übereinstimmende Vorstellungen über die Notwendigkeit von Modernisierungen gab. Über Ziele und Wege konnte man dabei aber durchaus grundverschiedener Auffassung sein.

Ein zweites Podium setzte sich auf der Tagung mit der sozialdemokratischen Ostpolitik aus internationaler Sicht auseinander. In der öffentlichen Diskussion der heutigen Bundesrepublik ist sie umstritten: Stabilisierte sie die kommunistischen Staaten oder war Egon Bahrs Motto vom Wandel durch Annäherung realistisch? In der Diskussion entsteht ein differenziertes Bild, das dem Handeln der damaligen Akteure gerechter wird als polarisierende Vorwürfe vor dem Hintergrund aktueller Probleme, die sich aus den politischen Fehlern nach dem Zusammenbruch der DDR ergeben. Letztlich, und das sehen offenbar auch die weniger durch die innenpolitischen Debatten befangenen ausländischen Beobachter so, war die Ostpolitik wegen der von ihr eingeleiteten Öffnung und Begegnung eine Hilfe für die oppositionellen Kräfte in den kommunistischen Staaten. Daß die Sozialdemokratie erst später die Opposition unterstützte, lag auch in der Logik der Entspannungspolitik. Den Wandel mußten die Bürger dieser Staaten schon selbst zustandebringen – dazu gab es keine Alternative.